

Schweiz

Der Fall Hildebrand

Kommunikative Irrfahrt

Die Nationalbank und Philipp Hildebrand hätten in der Bewältigung der Affäre viele Fehler gemacht, sagen Kommunikationsexperten. Von einem Befreiungsschlag wollen sie nicht sprechen.

Von **Jürg Ackermann**

Die Informationspolitik der Nationalbank glich einer kommunikativen Irrfahrt. Noch am Dienstag weigerte sie sich, selbst die internen Reglemente für Finanzgeschäfte ihrer Direktoren offenzulegen. Erst als der öffentliche Druck immer grösser wurde, schuf sie einen Tag später Transparenz und veröffentlichte auch das interne PWC-Gutachten. Kommunikationsexperten sind sich daher einig: Die ungeschickte Informationspolitik hat wesentlich zur Eskalation der Affäre Hildebrand beigetragen. Die Nationalbank hatte bereits kurz vor Weihnachten mit einem kryptischen und schönfärberischen Communiqué, das nicht alle relevanten Details enthalten hatte, die Öffentlichkeit irritiert.

Zu wenig Selbstkritik

«Hildebrand hat lange nichts gesagt. Damit hat er Tür und Tor offen gelassen für Spekulationen und die Informationshoheit aus der Hand gegeben», sagt Roger Huber, Präsident des Verbandes für Krisenkommunikation. «Der Sturm war absehbar. Bis gestern lief fast alles schief, was in so einem Krisenfall schief laufen kann.» Es habe wohl lange Zeit jemand gefehlt, der dem Chef den Spiegel kritisch vor die Augen gehalten habe.

Ähnlich sieht dies auch der Kommunikationsexperte und Unternehmensberater Roland Binz. «Hildebrand hätte diesen Auftritt bereits vor zehn Tagen machen müssen.» Dass die Behörden immer erst dann reagierten, als wieder neue Details ans Licht gekommen seien, habe der Skandalisierung der Geschichte Vorschub geleistet. Es sei der Eindruck entstanden, man wolle etwas vertuschen, sagt Binz. «Wenn ein Schaden entstanden ist, dann darum, weil die Nationalbank und Hildebrand viel zu lange gewartet haben, bis sie wirklich informierten.» Intransparenz, Beschönigungsversuche, Ablenkungsmanöver, Schuldzuweisungen an Dritte und mangelnde Selbstkritik seien typische Fehler in der Krisenkommunikation, wie sie aktuell auch bei der Kredit-Affäre um den



Der Druck auf die Notenbank und ihren Chef dürfte nach der gestrigen Medienkonferenz nachlassen. Foto: Keystone

deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff zu beobachten seien.

Kaum ein Imageschaden

Für die Experten steht jedoch fest: Mit dem gestrigen Auftritt ist es Hildebrand gelungen, Druck wegzunehmen. Die besten Noten verteilt Victor Schmid. Der Nationalbank-Präsident habe nun fast alles richtig gemacht, sagt der Kommunikationsexperte und PR-Berater. «Er hat volle Transparenz geschaffen und genau gesagt, wie es abgelaufen ist.» Wenn nun keine weiteren Ungereimtheiten ans Tageslicht kämen, werde es Hildebrand

wohl gelingen, einen Imageschaden von seiner Person und der Nationalbank abzuwenden. Hildebrand und die Nationalbank hätten anfänglich den Fehler gemacht, dass sie sich nur auf die rechte Seite des Falles bezogen hätten. «Es gab jedoch auch andere Dimensionen in diesem Fall, andere Sensibilitäten.»

Von einem kommunikativen Befreiungsschlag wollen jedoch nicht alle sprechen. «Mit der Bestätigung, den Devisengewinn von 75000 Franken der Berghilfe spendet zu haben, machte Hildebrand das Eingeständnis, dass er selber weiss, dass die Transaktionen

nicht sauber waren», sagt Roger Huber. Zudem habe er sich bei der Pressekonferenz immer wieder hinter den Reglementen versteckt. Damit habe er die moralischen Aspekte vernebelt. «Ein bisschen entschuldigen, sich etwas demütig geben und dann zur Tagesordnung übergehen - das funktioniert nicht.»

Dass ein schaler Nachgeschmack hängt bleibt, glaubt auch Roland Binz. «Ich bin mir nicht sicher, ob Hildebrand der Öffentlichkeit genügend gut erklären konnte, weshalb ein Notenbankchef in diesem Umfang private Devisengeschäfte tätigt.»

Strafuntersuchung gegen Mitarbeiter der Bank Sarasin

Der Whistleblower, der Devisengeschäfte des Nationalbank-Chefs an die Öffentlichkeit getragen hat, ist im Visier der Justiz.

Von **Erwin Haas**

Die Zürcher Staatsanwaltschaft leitete gestern gegen den ehemaligen Mitarbeiter der Bank Sarasin, der sich im Fall Philipp Hildebrand als Whistleblower geoutet hatte, eine Strafuntersuchung ein. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, waren der Anlass dafür «aus eigenem Antrieb erfolgte Aussagen dieses von der Bank zwischenzeitlich entlassenen Bankangestellten». Der 39-jährige ehemalige IT-Mitarbeiter hatte der Kantonspolizei am letzten Sonntag gestanden, er habe «Bankdaten an eine Person ausserhalb der Bank» weitergegeben. Diese Daten betrafen gemäss der Mitteilung «Devisentransaktionen der Familie des Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank».

Noch gilt trotz des Geständnisses, das nach Auskunft des Leitenden Oberstaatsanwalts Andreas Brunner «sinngemäss einer Selbstanzeige gleichkommt», die Unschuldsummutung, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Der Verdächtige könnte sein Geständnis während des Verfahrens widerrufen oder nachträglich präzisieren, es sei unter Druck zustande gekommen. Sollte sich der Verdacht auf Verletzung des Bankgeheimnisses gemäss Artikel 47 des Banken- und Sparkassengesetzes bestätigen, käme er aber nicht um eine Strafe herum. Wer vorsätzlich «ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Angestellter anver-

traut worden ist oder das er in dieser Eigenschaft wahrgenommen hat», muss mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe rechnen.

Zur Frage, ob sich jemand in diesem Fall wegen möglicher Verdunkelungsgefahr in Haft befinde, wollte sich Brunner nicht äussern. Die Staatsanwaltschaft werde die Untersuchung aber nicht auf diesen Verdächtigen beschränken. Der Fall werde rasch und umfassend abgeklärt, etwa im Hinblick auf einen zweiten Mann - einen «Kundenberater» der Bank, der gemäss Medienberichten ebenfalls in die Weitergabe der Hildebrand-Daten verwickelt gewesen sein soll. Wie Brunner betonte, beschränke sich die Untersuchung auf strafrechtlich relevante Aspekte. «Moralische Fragen» habe die Staatsanwaltschaft nicht zu klären. Zur möglichen Verfahrensdauer wagte er keine Prognose. Die Zuständigkeit der Zürcher Justiz wurde laut Markus Melzl, Mediensprecher der Basler Staatsanwaltschaft, nach dem «Tatortprinzip» erst gestern geklärt. Die mutmassliche Verletzung des Bankgeheimnisses fand nicht am Hauptsitz der Bank Sarasin in Basel, sondern in der Zürcher Filiale statt.

Screenshots fotografiert

Auch die eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) hat gemäss Radio DRS eine Untersuchung eingeleitet. Sie will von der Bank Sarasin wissen, was schiefgelaufen ist und ob diese alles vorgekehrt hat, um zu verhindern, dass geheime Kundendaten an die Öffentlichkeit gelangen können. Wie Hildebrand sagte, kam der IT-Mitarbeiter vermutlich an die Daten, indem er mit seinem Handy Screenshots von Kontoprotokollen auf einem Bildschirm fotografierte.

Hildebrand gewinnt Vertrauen der Politiker zurück

Mit seinem Auftritt ist es dem Chef der Nationalbank grösstenteils gelungen, seine Glaubwürdigkeit wieder herzustellen. Nur für die SVP ist er nicht mehr tragbar.

Von **Simone Rau**

Philipp Hildebrand sieht keinen Grund für einen Rücktritt als Präsident der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Er habe sich zu jedem Zeitpunkt reglementskonform und korrekt verhalten, sagte er gestern. Gänzlich anders sieht das die SVP: Es sei «widerrechtlich und völlig unhaltbar», dass leitende Exponenten der Nationalbank sowie deren privates Umfeld Devisengeschäfte tätigen, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Hildebrand sei deshalb «nicht mehr tragbar».

Die SVP verlangt zudem eine ausserordentliche Session zur Nationalbank und deren Aufsicht sowie eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK). Nur durch rasches und entschiedenes Handeln könnten die Institutionen und der Ruf der Nationalbank im In- und Ausland geschützt werden.

Auch die Grünen sind von Hildebrands Erklärungen nicht restlos überzeugt. Sie kritisieren in einer Mitteilung die «zögerliche Informationspolitik» von Nationalbank und Bundesrat. Weiter fordern sie ein neues SNB-Reglement, das den Mitgliedern des Erweiterten Direktoriums Devisentransaktionen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt.

Mit ihrer Rücktrittsforderung ist die SVP allerdings allein. SP-Präsident Christian Levrat sagt: «Es bringt nichts, wenn man weiter auf Philipp Hildebrand per-

sönlich herumhackt. Sonst nimmt die Nationalbank Schaden - und das darf nicht passieren.» Der Nationalbank-Präsident habe moralische Fehler eingestanden und bedaure sie. Nun müsse er - wie versprochen - das Reglement über die Eigengeschäfte der Direktoriumsmitglieder anpassen. «In Zukunft muss ein solches Verhalten als klar rechtswidrig eingestuft werden können», sagt Levrat. Zudem erwartet die SP von Hildebrand, dass er so rasch als möglich geldpolitische Entscheide fällt. «Die Eurountergrenze von 1.20 Franken muss angehoben werden», sagt Levrat. «Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.»

«Völlig haltlos»

Auch BDP-Präsident Hans Grunder bezeichnet die Rücktrittsforderungen der SVP als «völlig haltlos»: Mit seinem Auftritt habe Hildebrand «seine Glaubwürdigkeit absolut wiederhergestellt». Nicht er habe die Transaktion getätigt, sondern seine Frau - das sei zentral. Kritisieren könne man einzig, dass die SNB mit der Offenlegung ihres Reglements so lange gewartet habe.

Für FDP-Präsident Fulvio Pelli ist Hildebrand ebenfalls «eine korrekte Person», die mit dem Auftritt «Transparenz geschaffen» habe. Und doch habe die Sache Hildebrand geschadet. Denn sie of fenbare, dass seine Ehefrau «eine total falsche Einschätzung ihrer Rolle» habe. Die Transaktion sei «inakzeptabel» und zeuge von «fehlender Selbstverantwortung», sagt Pelli. Für CVP-Ständerat Konrad Graber wiederum ist mit Hildebrands Auftritt seitens Nationalbank «alles geklärt». Offene Fragen gibt es für ihn dagegen in Sachen Übermittlung der Bankdaten sowie Christoph Blocher.

SP-Präsident Levrat will Ständerat werden

Im Rennen um die Nachfolge von Alain Berset im Ständerat ist ein wichtiger Vorentscheid gefallen: Der Präsident der SP Schweiz, Christian Levrat, will den für die Linke wichtigen Freiburger Sitz im «Stöckli» verteidigen. Er habe Lust auf dieses Amt und wolle die - mit Ausnahme von 1999-2003 - seit Jahrzehnten erfolgreiche Freiburger «Formel» mit je einem Vertreter der SP und der CVP im Ständerat fortführen, erklärte Levrat gestern in einem ganzseitigen Interview mit der Freiburger «Liberté».

Ein Rolle für seine Bewerbung spiele, dass sein Parteifreund Berset im Bundesrat das Departement des Innern (EDI) übernommen habe. «Im EDI haben wir die historische Chance, die Sozialversicherungen so zu reformieren, dass die existierenden Solidaritäten in der AHV oder bei der zweiten Säule nicht abgebaut werden müssen. Wir wollen die Altersrenten verbessern», so Levrat. Falls der 41-Jährige vom Nationalrat in den Ständerat wechselt, will er vorderhand Parteipräsident bleiben. Levrat glaubt, die Doppelbelastung sei verkraftbar. «Ich werde nach einigen Monaten Bilanz ziehen und dann definitiv entscheiden.»

Levrat gilt in Freiburg als Kronfavorit für die Ersatzwahl am 11. März. Wie populär der Greyerzer im eigenen Kanton ist, zeigte sein Spitzenplatz bei den Nationalratswahlen im vergangenen Oktober. Levrat erzielte damals ein Drittel mehr Stimmen als SVP-Nationalrat Jean-François Rime, der schon zweimal erfolglos für den Ständerat kandidiert hatte. Die CVP, die mit Urs Schwaller im Ständerat vertreten ist, verzichtet auf eine eigene Kandidatur. Die FDP möchte den Sitz, den sie 2003 an Berset verloren hatte, zurückgewinnen. Ob sie es mit dem Bauernverbandsdirektor und Nationalrat Jacques Bourgeois oder dem scheidenden Finanzdirektor Claude Lässer versucht, entscheidet die Partei nächste Woche. (di)

Nachrichten

Armee

Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht eingereicht

Die Wehrpflicht in der Schweiz soll verschwinden. Mit diesem Ziel hat ein Bündnis rund um die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) gestern Donnerstag eine Initiative mit 107 000 gültigen Unterschriften eingereicht. Das Massener sei ein Relikt aus dem Kalten Krieg, so die Initianten. Nicht vom Volksbegehren tangiert wird der Verfassungsgrundsatz, wonach die Schweiz eine Armee unterhält. Neben Österreich und der Schweiz halten in Europa noch Norwegen, Finnland, Estland, Russland, Weissrussland, die Ukraine, Griechenland, Zypern und die Türkei an der Wehrpflicht fest. Die übrigen Staaten Europas - wie auch die Nato-Partner USA und Kanada - haben Freiwilligenarmeen. (SDA)

Migration

Rechtsstreit wegen geplanter Asylunterkunft in Bettwil

Das Seilziehen um die geplante Unterkunft des Bundes in Bettwil AG für bis zu 100 Asylbewerber entwickelt sich zu einem Rechtsstreit. Es geht um die Frage, ob für die befristete Nutzung der Militäranlage eine Baubewilligung notwendig ist. Das Bundesamt für Migration (BFM) ist der Ansicht, über eine rechtlich einwandfreie Grundlage zur befristeten zivilen Mitbenutzung der militärischen Anlage zu verfügen. Es brauche keine Baubewilligung. Der Gemeinderat des 560-Seelen-Dorfes und das regionale Komitee «gegen ein Massen-Asylzentrum» sind dagegen der Ansicht, dass ein Bewilligungsverfahren durchgeführt werden muss. (SDA)

Bundesrat

Alain Berset ernannt ersten persönlichen Mitarbeiter

Bundesrat Alain Berset hat einen ersten persönlichen Mitarbeiter ernannt: den 41-jährigen Michael Brändle, seit 2009 stellvertretender Generalsekretär bei der Suva. Er wird seine neue Stelle im Innendepartement am 1. Februar antreten. Brändle ist promovierter Politologe und war zwischen 2003 und 2009 in verschiedenen Funktionen im Stab des Aussendepartements. (SDA)